

DH 28 -

Verbändestaat und Parteienoligopol

Macht und Ohnmacht
der Vertriebenenverbände

Von

MANFRED MAX WAMBACH



1 · 9 · 7 · 1

FERDINAND ENKE VERLAG STUTTGART

Inhalt

Vorwort	V
Einleitung	1

I. Hauptteil

Begriffliche und theoretische Untersuchungen

A. Die Lehre vom Parteienstaat	6
B. Der Begriff des Verbändestaates	8
C. Die soziologische Dimensionierung des Problems	9
1. Parteien und Interessenverbände im kombinatorischen Sozialgefüge	9
2. Die Beziehungen zwischen Parteien und Interessenverbänden	11
3. Die politische Potenz von Interessenverbänden	13
4. Der Pressure-Begriff als zentraler Mißbegriff	14
5. Verwaltungsstaat und Verbändestaat	18

II. Hauptteil

Der Parteienstaat, der Verwaltungsstaat und die Einflußnahmen der Vertriebenenverbände

A. Einleitung zu den empirischen Untersuchungen	22
1. Der empirische Gegenstandsbereich	22
2. Bemerkungen zur Literatur und ihrer Verwendung	24
3. Bemerkungen zum Quellenmaterial	27
B. Organisierung, Interessenvertretung und Politisierung	28
1. Koalitionsverbot und Ersatzvertretungen	28
2. Ersatzvertretungen im Rahmen der Evangelischen Kirche	30
3. Das Koalitionsrecht und die Parteien	33
a) Die CDU	33
b) Die SPD	34
4. Interessenvertretungen, Beiräte und Verbandsautonomie	35
5. Zur organisatorischen Kapazität und politischen Potenz der ersten regionalen Zusammenschlüsse	38
6. Zusammenfassung	40
C. Zur organisatorischen Kapazität der Großverbände und Dachorganisationen	41
1. Der Zentralverband der vertriebenen Deutschen respektive Bund der vertriebenen Deutschen	41
2. Die berufsständischen Vertriebenenverbände	44
3. Die Landsmannschaften	46

4. Konkurrenz, Kooperation und Vereinigungsbestrebungen	49
5. Der Bund der Vertriebenen	50
6. Führungsgruppen, Willensbildung und organisatorisches Gefüge	51
a) Aktivführerschaft und Repräsentativführerschaft	52
b) Die politische Willensbildung im ZvD/BvD	53
c) Führung und politische Willensbildung in den Landsmannschaften	53
d) Die Landsmannschaft als politische Rahmenorganisation	55
7. Abschließende Bemerkungen	58
D. Die gesamtstaatliche und gesamtpolitische Orientierung der Vertriebenenverbände	58
1. Repräsentationsgedanke und Legitimationsbasis	58
2. Versuche staatsrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Einflußlegitimierung	60
3. Mitwirkungs- und Mitbestimmungsforderungen	62
a) Forderungen im Bereich der Innenpolitik, vor allem der Sozialpolitik	62
b) Forderungen im Bereich der Außenpolitik	64
E. Die Vertriebenenverbände und der Verwaltungsstaat	65
1. Der Einfluß auf die Ausgleichs- und Feststellungsbehörden	65
a) Die Ausgleichsausschüsse	65
b) Mitwirkung bei den Heimatauskunftstellen	65
c) Verwaltungsgerichtsbarkeit und Beschwerdeausschüsse	66
2. Die Mitwirkung als Ergänzungsbükratien und Auxiliarämter	67
3. Abschließende Bemerkungen	69
F. Zentrale Ausschüsse als Mittel der Einflußnahme auf den Parteien- und den Verwaltungsstaat	70
1. Vorbemerkung	70
2. Der Lastenausgleichsausschuß der Vertriebenenverbände	71
a) Entstehung und Lastenausgleichskonzeptionen	71
b) Einflußsuche und Mitgliederauswahl	72
c) Die Beeinflussung des Bundestages und des legislatorischen Vorfeldes	76
d) Fortsetzung des Vorigen am Beispiel der Novellenstrategie	77
3. Der Sozialausschuß der Vertriebenenverbände	81
4. Ausschüsse zur Außenpolitik	82
a) Die Außenpolitische Arbeitsgemeinschaft des ZvD (AAG)	82
b) Parteipolitik, Verbandsinteressen und Sachverständige	84
c) Neue Planungen und der Ausschuß für gesamtdeutsche Fragen des BdV	85
d) Außenpolitisches Engagement, Sachverstand und Autorität	87
e) Die Arbeit des Gesamtdeutschen Ausschusses	88
5. Zusammenfassende und abschließende Bemerkungen zu den zentralen Verbändeausschüssen	91
G. Parteienherrschaft und Verbändemacht im Bundestag	93
1. Vorbemerkung	93
2. Die CDU/CSU-Fraktion als Teil der Regierungsparteien.	94
a) Die Arbeitsgemeinschaft der Vertriebenenabgeordneten und die Fraktion	94
b) Maßnahmen gegen den Verbändeeinfluß	96
3. Der Arbeitskreis für Vertriebenenfragen der SPD-Fraktion :	97
4. Die Fraktion des Gesamtdeutschen Blocks/BHE als Teil einer Interessenpartei	98
a) Realisierung von Verbändeforderungen	98
b) Die Verbandsabhängigkeit der Fraktion	100

c) Interessentenpartei contra Interessenverband	101
d) Die Interessentenpartei und die Außenpolitik	102
5. Einflußnahmen auf Bundestagsausschüsse	103
a) Der Ausschuß für Lastenausgleich	104
b) Der Bundestagsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten	105
6. Das Problem der interfraktionellen Einflußnahme und der interfraktionellen Gruppenbildung	106
a) Der Primat der Verbandspolitik	106
b) Der Rollenkonflikt der Vertriebenenabgeordneten	108
c) Versuche der interfraktionellen Gruppenbildung	110
d) Der Parlamentarische Beirat	111
7. Abschließende Bemerkungen	114
H. Einflußnahmen im Regierungs- und Ministerialbereich	115
1. Die »Kanzlerdemokratie«	115
a) Vorbemerkung	115
b) Der Zugang zum Bundeskanzler und das Bundeskanzleramt	116
c) Das Beispiel der 13. Novelle	118
d) Die Einrichtung der Kanzlerdelegation	119
2. Die Beeinflussung des Auswärtigen Amtes	120
a) Absichten und Forderungen der Landsmannschaften	120
b) Wege der Einflußnahme	120
c) Informationsprobleme	123
3. Nachbemerkungen	124
4. Das Bundesvertriebenenministerium	125
a) Loyalitätsverlangen und Loyalitätskonflikte	125
b) Auseinandersetzungen um die Besetzung des Ministerpostens	127
c) Ministerkompetenz und Interessenvertretung	129
d) Auflösenserwägungen und Repräsentanzprobleme	130
e) Die Vertriebenenverbände als Ergänzungsbürokratien des BMVt	131
f) Der Bundesvertriebenenbeirat	132
g) Nachbemerkung	134
I. Die Vertriebenenverbände als Propagandaorganisationen	134
1. Die Affinitäten zur CDU/CSU	134
2. Kooperation mit dem Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG)	135
3. Kontakte zum Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	137
J. Die staatliche Subventionierung und Alimentierung	138
1. Vorbemerkung	138
2. Zuschüsse für die »Organisationsarbeit«	139
3. Subventionen für »Kulturarbeit« und Propaganda	139
4. Die staatliche Subventionierung als Kontroll- und Steuerungsinstrument	141
5. Der Konflikt um die Betreuungskompetenz zwischen dem BMVt und dem BMG	142
6. Abschließende Betrachtungen	143
K. Die Bundesvertriebenenverwaltung im Spannungsfeld zwischen ministerieller Lenkung und dem Einfluß von Parteien und Verbänden	145
I. Das Bundesausgleichsamt (BAA)	145
1. Aufbau und Kompetenzen des BAA	145
2. Die Besetzung der Leitungspositionen	146

3. Der Kontrollausschuß	147
4. Der Ständige Beirat	148
5. Einwirkungen auf die Weisungen des Präsidenten	150
6. Schlußfolgerungen	151
II. Die Lastenausgleichsbank	152
1. Errichtung und Funktionswandel	152
2. Die Besetzung der Lenkungsorgane	152
3. Die Sachverständigen aus dem Bundestag	156
4. Zusammenfassung	157
L. Abschließende Feststellungen	158
M. Verzeichnis der Literatur und der Archivmaterialien	163
I. Literaturverzeichnis	163
1. Wissenschaftliche Schriften	163
2. Veröffentlichungen der Vertriebenenverbände	168
3. Sonstige Veröffentlichungen	169
II. Verzeichnis der Archivmaterialien	169
1. Briefe	169
2. Aktenvermerke	171
3. Protokolle	172
4. Vertrauliche Berichte	174
5. Tätigkeitsberichte	174
6. Denkschriften und Gutachten	174
7. Resolutionen und Programme	174
8. Redemanuskripte und Referate	175
9. Satzungen und Organisationspläne	175
10. Flugblätter	176
Personenregister	177